

Rückblick auf die Zürcher Lokalpolitik

Zusammenfassung der wichtigsten Pressemeldungen



1. Hälfte Juli 2022

1. Juli

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (Kevu) des Zürcher Kantonsrates war lernfähig. Die neue Version für ein kantonales Wassergesetz hat die Fehler des ersten Entwurfes für ein solches Gesetz ausgemerzt und insbesondere die Möglichkeit zur Teilprivatisierung der Trinkwasserversorgung, die dem Gesetz in der Volksabstimmung vom Februar 2019 zum Verhängnis wurde, eliminiert. Die Gesetzgeber versuchten eine Einigung zwischen den diversen Positionen, zwischen Schutz des Grundeigentums und den ökologischen Forderungen herbeizuführen. Gelungen ist dies nicht ganz: Mit allen gegen die vier Stimmen der SVP wird das Gesetz von der Kommission dem Kantonsrat zur Annahme empfohlen.

Flächendeckendes Tempo 30 ist für den ÖV mit Mehrkosten verbunden. Soll dieselbe Frequenz aufrecht erhalten bleiben, so braucht es mehr Rollmaterial und entsprechend auch mehr Personal. Pro Buslinie wird mit Mehrkosten von gut einer Million Franken gerechnet. Wer soll das bezahlen? Der Zürcher Verkehrsverbund, den städtischen Verkehrsbetrieben übergeordnet, weigert sich, dies zu tun. Nunn haben die VBZ entschieden, die Mehrkosten zu übernehmen, gegen die Weigerung des Verkehrsverbundes aber Einsprache beim Regierungsrat einzulegen. Dieser muss einen Entscheid von grosser Tragweite fällen.

Auf der Klosterinsel Rheinau steht der Haussegen schief. Da bemüht sich ein Verein Inselmuseum Rheinau seit Jahren um die Einrichtung eines Museums im ehemaligen Abteitrakt, wird aber vom Regierungsrat seit Jahren hingehalten und nun fordert die Stiftung Schweizer Musikinsel Rheinau von Christoph Blocher ultimativ diese Räumlichkeiten für ihren Hotelbetrieb. Die Baudirektion des Kantons Zürich will jetzt vertiefte Abklärungen vornehmen.

2. Juli

Gestern haben im Zürcher Stadthaus die ersten gleichgeschlechtlichen Paare geheiratet. Das neue Ehegesetz «Ehe für alle», das von den Stimmberechtigten im September 2021 mit fast Zweidrittelmehrheit angenommen wurde, ist per 1. Juli 2022 in Kraft getreten.

Die SP-Justizdirektorin, die im Jahre 2020 das Albi-Fest kurzfristig und mit einer von der eidgenössischen Kommission gegen Rassismus als rassistisch eingestuften Erklärung abgesagt hatte, willt ursprünglich am diesjährigen Fest der albanischen Gemeinschaft in der Schweiz teilnehmen, hat jetzt aber aus politischen Erwägungen auf eine Teilnahme verzichtet.

4. Juli

Die SVP hat in ihrer DNA mit drin, dass ein Präsident auf allen Stufen unentlohnt dieses Ehrenamt auszuführen habe. Der junge Familienvater Benjamin Fischer, ehemaliger Präsident der kantonalen SVP, heutiger Nationalrat, hat sich vom Parteisekretär mehrere zehntausend Franken als Spenden generieren lassen. Offenbar stellte das Sekretariat den Spendenden Spendenbescheinigungen aus, die einen Steuerabzug ermöglichen. Allerdings sind personenbezogene Spenden steuerlich nicht abzugsfähig. Fischer sprach von Missverständnissen und konstruierten Vorwürfen.

5. Juli

Wir Alle sind ja einmal in die Schule gegangen und deshalb eben auch Expert*innen in pädagogischen Fragen. So hat denn der politische Kantonsrat beschlossen, dass es auch in Zukunft Noten-Zeugnisse zu geben habe, auch wenn dies die wirklichen Bildungsexpert*innen vielleicht anders sehen könnten. Allerdings verbirgt sich hinter dem Notenstreit ein gesellschaftspolitischer Richtungsstreit. Der Lehrplan 21 verlangt von den Kindern keine Wissenslernzielen, sondern Kompetenzen. Ein SVP-Vertreter fasst sein Problem so zusammen: «Den Linken geht es um die Abschaffung des Leistungsprinzips.»

Ein von grüner Seite lancierter Vorstoss im Kantonsrat verlangt von den kantonalen und kantonsnah geführten Mensen und Cafeterias, wenn immer möglich saisonale und regionale Produkte anzubieten. Bei den tierischen Produkten sollen nur noch solche mit dem höchsten Tierschutz-Label gekauft werden. Dass Links-Grün den Vorstoss unterstützt, war wohl selbstverständlich. Unterstützung kam aber für einmal auch von SVP-Seite. Am Schluss fand sich die FDP fast alleine bei den Verlier*innen.

Im Streit um die Rückzahlung von Heimkosten durch den Kanton an die Gemeinden kommt Bewegung. In einem Vorstoss von bürgerlicher Seite muss der Regierungsrat einen Bericht erstellen, der darlegt «wie die Rückzahlung der zu viel bezahlten Kosten an die Städte und Gemeinden organisiert wird»

6. Juli

Die Zürcher Stadt-Oberer lassen nichts unversucht, um Kühlung in die Innenstadt zu bringen. Seit neuestem befindet sich eine Nebelmaschine auf dem Turbinenplatz. Bei einer Aussentemperatur von 30 Grad erzeugen 180 Düsen einen dünnen Sprühnebel. Der Wasserverbrauch betrage 7,5 Liter pro Minute. Die Umgebungsluft kühle bis zu 10 Grad ab, erläutert die neue, sozialdemokratische Tiefbauvorsteherin. In den Projektkosten von 140'000 Franken sind auch die Kosten für eine wissenschaftliche Begleitung des Pilotprojektes enthalten.

7. Juli

Das Züri Fäscht muss in Zukunft wohl ohne Flugshow und auch ohne Feuerwerk auskommen. Im Gemeinderat wird dieser Verzicht wohl eine Bedingung für die Gewährung eines Beitrages der Stadt Zürich an das Fest sein. Alle Links-Grünen Parteien im Rat sind dieser Meinung.

Für einmal habe zwei Freisinnige die Nase vorn beim Ideenwettbewerb um Kühlung und Schatten in der heissen Innenstadt. Sie beauftragen die Stadt, auf verschiedenen Plätzen ein grünes Dach aus Pflanzen zu bauen. Wildreben eignen sich gut für diese Art von Pergola, wo Kletterpflanzen an einem Stahlgerüst entlang wachsen und Schatten spenden sollen. Der Rat überwies diesen Vorstoss mit allen gegen die Stimmen der SVP, die nicht mitmachen will.

8. Juli

Die offizielle Arbeitslosenstatistik per Ende Juni 2022, erstellt nach der Methode des SECO, die ausgesteuerte Menschen nicht mehr erfasst, weist für den Kanton Zürich einen seit dem Jahre 2001 nicht mehr erreichte Tiefstwert von 1,7 Prozent aus. Beim kantonalen RAV sind 14'924 arbeitslose Menschen gemeldet. Dem stehen 12'089 offene, gemeldete Stellen gegenüber. Leider sind die Anforderungen der offenen Stellen und die Qualifizierung der arbeitslosen Menschen überhaupt nicht deckungsgleich.

9. Juli

Das Bundesgericht hat eine Stimmrechtsbeschwerde gegen die Abstimmung über das geplante Fussballstadion Hardturm abgelehnt. Jetzt kann der Kantonsrat den entsprechenden Gestaltungsplan verabschieden. Dieser Gestaltungsplan kann wieder durch alle drei Instanzen bis zum Bundesgericht angefochten werden. Kann er in Kraft treten, so kann die Stadt eine Baubewilligung erteilen. Auch diese kann wieder durch alle drei Instanzen bekämpft werden. Bei der schnellsten Variante könnte der Baubeginn im Jahre 2024 erfolgen, bei der langsamsten Variante wohl erst im Jahre 2028 oder 2029.

11. Juli

Auf dem rund 20'000 Quadratmeter umfassenden Josef-Areal, wo die Kehrlichtverbrennungsanstalt ihr Qualm in die Luft blies, soll ein neues Stadtviertel entstehen. Zwar sollen die Kraftzentrale und das Hochkamin als Erinnerung an alte Zeiten bestehen bleiben, es wird aber doch viel gebaut. Geplant sind ein Hallenbad, ein Gesundheitszentrum für das Alter, Alterswohnungen, Räume für die Öffentlichkeit und ein Quartierpark mit einer Fläche von 6'000 bis 7'000 Quadratmetern. Grossflächiger Einsatz von Fotovoltaikanlagen sowie Energiespeicher sollen das Areal klimaneutral machen. Für die Beheizung der Gebäude, inklusive Hallenbad, steht fossilfreie Fernwärme zur Verfügung.

Der geplanten Sperrung der Rosengartenstrasse für ein grosses Volksfest erwächst Widerstand. Für die Kantonspolizei ist diese Sperrung nicht bewilligungsfähig. Es wird weiterverhandelt.

Für die Bürgerlichen ist das geplante Verbot von Feuerwerk und Flugshow am Züri Fäscht inakzeptabel. Sie haben eine Petition lanciert, die die grün-linke Mehrheit umstimmen soll. Die Abstimmung im Gemeinderat steht bevor.

12. Juli

Kantonspolizei und Insassen des provisorischen Polizeigefängnisses (Propog) sind ins neue Justizzentrum auf dem Areal des Güterbahnhofes umgezogen. Deshalb kann der Sicherheitszaun um das Gefängnis abgebaut werden. Der Rückbau des Gefängnisses selbst ist für das erste Quartal 2023 geplant. Die Kasernenwiese ist also wieder frei zugänglich.

13. Juli

Da die Notfallstationen der Spitäler überlastet sind, soll jetzt, statt eines Ausbaus ein Abwehrrisikopräventiv errichtet werden, das Patient*innen abschrecken soll. Dies soll mittels einer Gebühr geschehen. Wie hoch diese ist, bleibt abzuwarten, gesprochen wurde von 50 Franken. Nun ist aber die rechtliche Grundlage auf nationaler Ebene noch nicht geschaffen, eine parlamentarische Initiative ist aber im Nationalrat hängig, über die im Herbst entschieden werden soll. Erst dann kann der Zürcher Kantonsrat einen Entscheid fällen. Die Patient*innen sollen sich zuerst an ihre Hausärzt*innen wenden. Nun haben aber gerade randständige Personen keinen Hausarzt. Eine Gebühr in der erwähnten Grösse wird wohl dazu führen, dass diese Patien*innen sich eben gar nicht mehr verarzten lassen.

Entgegen einer Behauptung an diese Stelle ist der Monsterbau beim Bahnhof Tiefenbrunnen noch nicht ausführungsfähig. Eben hat das Bundesgericht entschieden, dass das Vorhaben einen gültigen Gestaltungsplan voraussetzt. Die Gestaltungsplanpflicht gibt vor, dass die Areal-Nutzung auf die Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs abzustimmen ist. Zudem muss sie wegen der exponierten Lage »städtebaulich und architektonisch besonders gut gestaltet sein«. Ob der geplante, mächtige Block, der vor allem auf die Maximalausnutzung des Grundstücks ausgerichtet ist, diese Vorgaben erfüllt, muss sich erst noch weisen.

14. Juli

Die Privatklinik Pyramide, ein Spital der Genolier-Gruppe oder des Swiss Medical Netzwerk, die 21 Privatspitäler und Kliniken in der ganzen Schweiz betreibt, wollte von ihrem bisherigen Standort im Zürcher Seefeld nach Küsnacht, auf das Gelände der ehemaligen Klinik St. Raphael zügeln, dort einen Neubau realisieren und die Villa Nager, dem Hauptsitz der ehemaligen Klinik, abbrechen. Nachbarn opponierten und erhielten jetzt vor Bundesgericht Recht, es gewichtete den Schutz der im kommunalen Inventar stehenden Villa höher als die finanziellen Interessen der Genolier-Gruppe.

15. Juli

Der Regierungsrat kann der Seeuferinitiative, die einen durchgehenden Fussweg um die Zürcher Seen fordert und zusätzlich den Naturschutz der Ufer der Zürcher Gewässer in der Verfassung festschreiben will, wenig abgewinnen. Es brauche diese Initiative schlichtweg nicht, es sei alles bestens aufgegleist, zudem sei deren Realisierung zu teuer. Die Initiant*innen zeigen sich wenig überrascht von der Reaktion der freisinnigen Volkswirtschaftsdirektorin und werfen dieser eine Blockadehaltung vor.